Antrag
DA1 BDKJ zeigt sich solidarisch mit der Kinder- und Jugendhilfe

Antragssteller*innen: DV Essen, DV Aachen, DV Münster, DV Paderborn, DV Köln
(dort beschlossen am: 23.04.2026)

Antragstext

Die bekannt gewordenen Vorschläge für massive Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe sind ein alarmierendes Signal – für junge Menschen, für ihre Rechte, für die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft.

Was aktuell hinter verschlossenen Türen diskutiert wird, betrifft ausgerechnet diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere in prekären Lebenslagen. Es geht um zentrale Leistungen, die Teilhabe sichern, Chancen eröffnen und soziale Ungleichheit abbauen sollen. Dass hier Einschnitte in Milliardenhöhe im Raum stehen, ist nicht nur fachlich fragwürdig, sondern politisch höchst problematisch.

Besonders irritierend ist, wie diese Debatte geführt wird: ohne Transparenz, ohne die Einbeziehung der Fachpraxis und ohne die Stimmen junger Menschen selbst. Eine solche Politik an den Betroffenen vorbei schwächt Vertrauen in demokratische Prozesse. Sie reiht sich ein in eine Entwicklung, in der Beteiligung zunehmend unter Druck gerät und zentrale sozialpolitische Entscheidungen zunehmend entkoppelt von den Lebensrealitäten junger Menschen getroffen werden.

Aus Perspektive junger Menschen und ihrer Interessenvertretungen ist klar: Wer bei der Kinder- und Jugendhilfe spart, spart an Gerechtigkeit und am gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade diejenigen jungen Menschen, die ohnehin strukturelle Benachteiligungen erfahren – etwa aufgrund von Armut, Behinderung, Flucht- oder Migrationsgeschichte, queerer Identität oder anderen Diskriminierungserfahrungen – wären von Kürzungen besonders hart betroffen. Eine solche Politik verschärft bestehende Ungleichheiten, statt ihnen entgegenzuwirken.

Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sind keine freiwilligen Extras. Sie sichern Rechte, fördern Selbstbestimmung und ermöglichen jungen Menschen, ihren Platz in dieser Gesellschaft zu finden. Die vorgeschlagenen Kürzungen stellen diese Grundprinzipien infrage – und damit auch den Anspruch auf eine solidarische Gesellschaft, wie sie unserem Einsatz für Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit entspricht.

Die Kürzungsvorschläge betreffen uns aktuell nicht als Organisation, aber

genauso Kinder und Jugendliche in den Strukturen der Jugendverbandsarbeit. Der BDKJ fordert daher:

- Transparenz statt Hinterzimmerpolitik: Entscheidungen über die Zukunft junger Menschen dürfen nicht im Verborgenen getroffen werden.
- Verbindliche Beteiligung junger Menschen und ihrer Vertretungen: Wer betroffen ist, muss gehört und ernsthaft einbezogen werden.
- Stärkung statt Kürzung: Kinder- und Jugendhilfe ist eine Investition in Demokratie, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt – kein Einsparposten.

Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen braucht es eine Politik, die junge Menschen stärkt, ihre Rechte schützt und ihre Perspektiven ernst nimmt. Dazu gehört auch, sie konsequent an Entscheidungen zu beteiligen, die ihr Leben betreffen.

Begründung

Das Thema kommt erst jetzt als Antrag, da das Thema erst in den letzten Tagen relevant wurde. Wir wollen das Statement des BV bekräftigen. Das Statement dient als Grundlage, wir werden noch einen Text formulieren.